



Forschung der ADS auf einen Blick: Benachteiligung von Trans*Personen, insbesondere im Arbeitsleben

Die Expertise im Überblick

Die Expertise gibt einen Einblick in die Forschungsgeschichte, die theoretischen Ansätze und zentralen Themen der Forschung zu Trans*Personen. Sie fasst außerdem die Ergebnisse internationaler Studien zur Benachteiligung von Trans*Personen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Arbeitsleben, zusammen und bezieht diese auf die Situation in Deutschland.

Titel, Autoren und Erscheinungsjahr der Expertise

Jannik Franzen, Arn Sauer: Benachteiligung von Trans*Personen, insbesondere im Arbeitsleben (2010).

Die Ergebnisse

Begriffliches

- **Trans*** ist ein im deutschsprachigen Raum inzwischen verbreiteter, weit gefasster Oberbegriff für eine Vielfalt von Identitäten und Lebensweisen. Der Stern dient als Platzhalter für diverse Komposita.
- **Transgender** wird unter anderem verwendet für
 - andere Weisen von Geschlechtswechsel- bzw. -veränderung als das medizinische Transsexualitätsmodell vorsieht
 - als politischer Begriff für Identitäten und Lebensweisen, die das Zwei-Geschlechter-Modell infrage stellen,
 - als Oberbegriff für vielfältige Weisen von Trans*.
- **Transgeschlechtlichkeit** bezeichnet eine Vielzahl geschlechtlicher und sozialer Identitäten jenseits des Zwei-Geschlechter-Modells, ohne dabei an medizinisches Vokabular anzuknüpfen.
- Die Wortschöpfung **Transidentität** aus dem deutschen Sprachraum betont den Identitätsaspekt und verzichtet auf den Sexualitätsbegriff in „transsexuell“.
- **Transsexualität** ist eine medizinische psychologische Kategorie für das andauernde starke Bedürfnis, dem „Gegengeschlecht“ anzugehören und den Körper diesem angleichen zu wollen.
- **Intergeschlechtliche** Menschen (auch: Intersexuelle, Inter*Personen, Zwitter, Hermaphroditen) werden mit körperlichen Merkmalen geboren, die medizinisch als „geschlechtlich uneindeutig“ gelten. Zwischen den Diskriminierungs- sowie Menschenrechtssituationen, Anliegen und rechtlichen und medizinischen Positionierungen von intergeschlechtlichen und Trans*Personen muss sorgfältig unterschieden werden.
- Die Bezeichnung der **Zwischengeschlechtlichkeit** umfasst verschiedene Selbstdefinitionen und Lebensweisen zwischen den üblichen zwei Geschlechtern bzw. jenseits davon.

Strukturelle Diskriminierung in medizinisch-psychologischen und rechtlichen Praktiken

Nach den bestehenden rechtlichen Regelungen ist eine Änderung des Namens, Personenstands oder des Geschlechts erst nach langwierigen und sehr strengen Diagnoseverfahren möglich. Der Zugang zu medizinischer Versorgung und Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist nur für Trans*Personen möglich, die die Diagnose „transsexuell“ erhalten. Die geschlechtliche Identität der Betroffenen wird dabei pathologisiert, also als Störung angesehen und behandelt. Die Trans*Personen selbst werden in

diesen Praktiken entmündigt und ihre Persönlichkeitsrechte werden verletzt. So geht der Geschlechtswechsel etwa mit dem Zwang zum Nachweis der Unfruchtbarkeit einher.

Die medizinisch-psychologischen und rechtlichen Beurteilungsverfahren basieren auf einem Geschlechtsmodell, das nur eindeutige Zuordnungen und keine zwischengeschlechtlichen Lebensweisen zulässt. Die Entscheidung über die geschlechtliche Identität wird nicht den Betroffenen zugestanden, sondern an Mediziner_innen delegiert, die häufig mit der Vielfalt der Selbstverständnisse, Identitäten und Wünsche von Trans*Personen überfordert sind und diesbezüglich nur mangelhafte Kompetenzen oder Sensibilisierung vorweisen.

Diskriminierung im Arbeitsleben und in anderen Domänen

Die Auswertung internationaler Studien zeigt deutlich, dass Trans*Personen in hohem Maße individuell und strukturell benachteiligt werden. So sind etwa die Arbeitslosenraten und der Anteil der Erwerbsunfähigkeit unter Trans*Personen überdurchschnittlich hoch. Sie haben geringere Aufstiegschancen und werden unterdurchschnittlich entlohnt. Trans*Schüler_innen haben im Schnitt schlechtere Noten. Viele Trans*Personen leben in unsicheren Wohnverhältnissen, die Obdachlosigkeitsrisiken sind überdurchschnittlich groß. Der Umgang staatlicher Behörden und Vertreter_innen mit Trans*Personen wird als mangelhaft bis diskriminierend beschrieben.

Soziale Isolation, Gewalterfahrungen und psychosoziale Gesundheit

Trans*Personen haben zu einem überwiegenden Teil Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen gemacht. Die Begegnung mit Transphobie und Benachteiligung führt zur Angst vor den Konsequenzen eines offenen Umgangs mit der eigenen Identität. Viele Trans*Personen verstecken daher ihr Trans*Sein im beruflichen wie privaten und familiären Umfeld oder streben danach, sich als eindeutig einem Geschlecht zugehörig zu präsentieren (Passing). Trans*Personen sind daher von sozialer Isolation bedroht. Gefühle der Angst und Unsicherheit wirken sich auf die psychische und gesundheitliche Verfasstheit aus. Unter Trans*Personen sind Depressionen und Suizidversuche besonders häufig.

Mangelnde Unterstützung durch Anlauf- und Beratungsstellen

Bei Anlaufstellen im Arbeitsumfeld wie zum Beispiel Gewerkschaften, im behördlichen Umfeld wie der Polizei, im medizinischen Bereich oder in Beratungsstellen werden mangelhafte Sensibilisierung und Kompetenzen im Umgang mit Trans*Personen beklagt. Den Betroffenen fehlt es daher an unterstützenden Einrichtungen, an die sie sich vertrauensvoll wenden können.

Handlungsempfehlungen der Autor_innen

- Reform der Diagnose- und Beurteilungspraxis sowie Eindämmung der mit dem Geschlechtswechsel verbundenen Entmündigungen hin zu mehr Selbstbestimmung.
- Individualisierung und Entpathologisierung bei gleichbleibendem Zugang zu medizinischen Maßnahmen und Kostenübernahme.
- Öffentliche Einbeziehung und verstärkte Sichtbarkeit von Trans*Personen, Aktivist_innen und Verbänden.
- Sensibilisierung von Anlauf- und Beratungsstellen.
- Aufklärung der Öffentlichkeit, Sensibilisierung sowie gezielte Schulung staatlicher Vertreter_innen und Arbeitgeber_innen.
- Schaffung trans*sensibler Umgebungen und Behördenvorgänge, die keine eindeutige Geschlechtszuordnung erfordern (z.B. Anträge, Toiletten, Arbeitskleidung).
- Empirische Erhebungen zur Anzahl und sozialen Lage in Deutschland lebender Trans*Personen.

Mehr Informationen

- Die Expertise „Benachteiligung von Trans*Personen, insbesondere im Arbeitsleben“ steht => [hier](#) zur Verfügung.

Kontaktdaten: Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Glinkastraße 24
10117 Berlin
Telefon: +49 (0) 3018 555 – 1855
Juristische Erstberatung - E-Mail: beratung@ads.bund.de
Allgemeine Anfragen - E-Mail: poststelle@ads.bund.de